



# Denkzettel der Delegierten

**Bio Suisse / Ein unscheinbares Geschäft sorgt für eine grosse Auseinandersetzung, aber über das Ziel ist man sich einig: 25% Biobetriebe bis 2025.**

**OLTEN** Die Delegiertenversammlung der Bio Suisse machte am Mittwochmorgen in Olten SO ihrem Ruf als diskussionsfreudiges und nicht ganz pflegeleichtes Gremium wieder einmal alle Ehre. Die Abgeordneten verpassten der Geschäftsstelle und dem Vorstand einen Denkzettel, indem sie eine Kompetenzverschiebung im Verarbeitung- und Importbereich zumindest vorläufig unterbunden haben. Die Mehrheitsverhältnisse

waren so klar, dass gar nicht mehr ausgezählt werden musste.

### Hüter des «Eingemachten»

Auslöser für die Auseinandersetzung war ein an sich wenig aufregend tönendes Geschäft, das nicht einmal auf der Traktandenliste stand: Die Auflösung der

«Es gibt nicht sie in Basel und wir auf den Höfen.»

Ein Delegierter versucht «Wir-Gefühl» zu erzeugen.

Markenkommissionen (MK) für Verarbeitung und Import sowie die Verlagerung ihrer Kompetenzen in das bestehende Qualitäts-

gremium der Geschäftsstelle waren Teil des Traktandums Jahresplanung und Budget 2018. Die dritte MK für Anbau, besetzt mit Bauern, wollte der Vorstand beibehalten.

Die Markenkommissionen beschäftigen sich mit dem «Eingemachten» des Biolandbaus. So etwa mit der Frage, wie weit man bei Verarbeitung

und Importen gehen darf, um auf der einen Seite die Grundwerte und die Glaubwürdigkeit der Knospe nicht zu gefährden und andererseits die Bedürfnisse des wachsenden Marktes zu befriedigen. Die Auflösung dieser unabhängigen Gremien im Rahmen einer Organisationsreform wollte die Mehrheit nun zumindest vorderhand nicht schlucken.

### Weit verbreitetes Unbehagen

Sie stimmten einem Antrag von Biofarm zu, der forderte, dass die Markenkommissionen in der bewährten Form weitergeführt werden. Er nimmt das im Verband offenbar weit verbreitete Unbehagen auf, wonach die Geschäftsstelle in Basel zu nahe an den Lizenznehmern sei und dass mit der Abschaffung der Markenkommissionen die Unabhängigkeit der Entscheide tangiert wäre.

Zwar appellierten einige Redner ans «Wir-Gefühl». Bio Suisse bestehe nicht aus «sie in Basel und wir auf den Betrieben», sagte ein Delegierter; eine Meinung, welche aber die grosse Mehrheit seiner Kollegen und Kolleginnen nicht teilte. Damit hatte man bei der Geschäftsstelle offenbar nicht gerechnet. Er habe den Mitgliedern der Markenkommissionen bereits mitgeteilt, dass ihre Dienste nicht mehr benötigt würden, so Geschäftsführer Daniel Bärtschi.

Das Reformvorhaben soll jetzt voraussichtlich in einem halben Jahr noch einmal auf den Tisch kommen. Man werde aber versuchen, diesmal besser zu kommunizieren, gelobten die Vertreter von Vorstand und Geschäftsstelle.

Die Abstimmung gab auch beim anschließenden Stehlunch noch ei-

nigen Gesprächsstoff her, aber ein grösserer Zwist dürfte daraus kaum entstehen, zu konflikterprobt ist die Branche, und in der Strategie ist man sich einig.

Zwar gab auch «Avanti 2025», das Strategiepapier des Vorstands, einiges zu diskutieren, aber letztlich wurde es mit ein paar kleinen Änderungen gutgeheissen. Wichtigstes Ziel ist eine Steigerung auf 25% Biobetriebe



## «Der Marktanteil beträgt im Minimum 15%.»

Ambitiöses Bio-Ziel aus dem Strategiepapier «Avanti 2025» bis in acht Jahren, heute steht man bei etwas über 13%. Der Marktanteil der Bioprodukte am Schweizer Lebensmittelmarkt soll im gleichen Zeitraum auf mindestens 15% (2016: 8,4%)

gesteigert werden.

Gleichzeitig will man

nachhaltigere

Produzenten

und die Themenführerschaft im

Bereich Bio.

Das dürfte wahrscheinlich das am einfachsten zu erreichende Ziel sein.

### Bio als «Nestbeschmutzer»

Für Diskussionen bleibt zweifellos auch künftig reichlich Stoff. Zu den brisanten Themen gehört interessanterweise auch der synthetische Pflanzenschutz, obwohl oder gerade weil die Biobauern auf ihn verzichten. «Egal in welchem Zusammenhang – nehmen Biobauern das Wort Pestizide in den Mund, fühlen sich viele konventionelle Kollegen angegriffen und halten uns für Nestbeschmutzer», erklärte Präsident Urs Brändli in seiner Eröffnungsrede. Er betonte, dass die aktuellen Anti-Pestizidinitiativen nicht von Biobauern lanciert worden sind: «Es sind besorgte Bürgerinnen und Bürger, die diese Themen in die Öff-

entlichkeit tragen», so Brändli.

Für ihn und seine Organisation ist die Protestwelle gegen Pflanzenschutzmittel eine Gratwanderung. Einerseits will sich Bio mit dem Verzicht auf Pestizide profilieren. Andererseits kommt gerade mit der «Initiative für sauberes Trinkwasser», die ihre Unterschriften beieinander hat, auch der Biolandbau unter Beschuss. Im Visier der Wasserschützer sind auch Biopestizide, zudem sind der verlangte Antibiotikaverzicht und die Beschränkung auf betriebseigenes Futter nicht einfach zu bewerkstelligen.

*Adrian Krebs*